



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

05.03.2025	Elbe-Jeetzel-Zeitung: BI erneuert Vorwürfe	3
------------	--	---

Autor/-in: VON KARL-FRIEDRICH KASSEL
Seite: 3 bis 3
Rubrik: LOKALES

Jahrgang: 2025
Nummer: Ausgabe 054, 2025
Auflage: 9.291 (gedruckt)¹ 9.940 (verkauft)¹
 10.182 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,014 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 4/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

BI erneuert Vorwürfe

Verlängerte Zwischenlagerung: Atomkraftgegner sehen weitere Konflikte und viele offene Fragen

Lüchow. Die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg sieht einen Konflikt mit den beiden Bundesinstitutionen BGZ, der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung, und BASE (Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung) auf sich zukommen. Nach einer Informationsveranstaltung Ende Januar warf sie den beiden Einrichtungen vor, im Genehmigungsverfahren für eine verlängerte Zwischenlagerung in Gorleben mit Nebelkerzen unterwegs zu sein. Der Konflikt sei vorprogrammiert, erklärte die BI. In der vorigen Woche erneuerte sie in einer Veranstaltung im Café Grenzbereiche in Platenlaase ihre Vorwürfe und Forderungen.

BI: Rahmen der Untersuchung stand bereits fest

Besonders empörend findet die BI den Umstand, dass die BGZ bereits im November vorigen Jahres den Antrag für eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gestellt hat und darin ein Untersuchungsrahmen festgelegt worden ist. Als die Bürger Ende Januar zu der Informationsveranstaltung in Hitzacker eingeladen wurden, habe der Rahmen der Untersuchung bereits festgestanden, behauptet die BI. Das habe nichts mit dem auch in Hitzacker verkündeten Anspruch auf Transparenz zu tun. Die Öffentlichkeit habe sich nicht auf den Start der UVP vorbereiten können.

BGZ kontert

In einer Antwort der BGZ auf diesen Vorwurf wird darauf verwiesen, dass im November 2024 öffentlich über den Antrag für eine UVP informiert worden sei. Der Untersuchungsrahmen sei nicht vorweggenommen worden, erklärt die BGZ. Er werde erst bei einem Termin nach vorheriger Beteiligung der Öffentlichkeit festgelegt.

Die BI erneuerte am vorigen Mittwoch in Platenlaase ihren Vorwurf einer mangelnden Vorbereitungszeit. Vier Wochen zwischen Bekanntgabe der Unterlagen zur Untersuchung und dem folgenden Anhörungstermin, in dem Einwände formuliert werden können, seien zu kurz, hieß es. Es sei eine Riesenherausforderung für ehrenamtlich Aktive, in dieser kurzen Zeit zu reagieren, erklärte BI-Vorsitzender Martin Donat. Es gebe viele offene Fragen im Untersuchungsrahmen der UVP, meinte Peter Widmayer von der BI-Fachgruppe Radioaktivität in der Infoveranstaltung im Café Grenzbereiche. Der Rahmen enthalte viele Lücken. Widmayer kritisierte außerdem verwirrende Zuständigkeiten in diesem Verfahren. In der BI-Veranstaltung forderten Referent und Zuhörer, dass die Anforderungen an die Atommüllbehälter und die Lagerstätte angesichts eines Lagerzeitraumes von 80 bis 100 Jahren ständig überprüft werden müssten. Schließlich habe sich auch die Weltlage und damit die Gefährdung stark verändert. Von Drohnen sei beim Bau des Zwischenlagers noch keine Rede gewesen.

Nach 100 Jahren transportfähig

Es müsse sichergestellt werden, dass die Behälter auch nach einer Lagerzeit von 100 Jahren noch transportfähig seien, forderte Widmayer. Dazu bedürfe es Echtzeittests. Stattdessen seien lediglich Rechenmodelle geplant. Aus der Versammlung kam die Feststellung, dass an allen Zwischenlagern für den Fall, dass ein Behälter repariert werden muss, eine heiße Zelle entsteht – ein abgeschirmter Raum. Die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben sei dafür nicht geeignet, hieß es. Es müsse das Anliegen der BI sein, frühzeitig Prüfthemen für die UVP zu benennen, meinte BI-Vorsitzender Donat.

Ehmke: Standards setzen

Diese Forderung bestärkte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke in einer Pressemitteilung nach der Infoveranstaltung. Zu den offenen Fragen gehörten etwa fehlende Störfallszenarien. Diese und andere Themen frühzeitig einzubringen, sei schon deshalb notwendig, weil Gorleben das erste Zwischenlager von sechzehn ist, wo über einen verlängerten Lagerungszeitraum entschieden wird. „Hier müssen wir Standards setzen“, erklärte Ehmke. Das brisante Thema einer bis zu 100-jährigen Lagerung des strahlenden Abfalls brauche unbedingt mehr öffentliche Aufmerksamkeit. Die meisten Betroffenen seien heute noch gar nicht geboren.

Wörter: 522